

BUNDESGERICHTSHOF**IX ZB 401/75****BESCHLUSS****in der Entschädigungssache****Georges B [REDACTED] ,****Place L [REDACTED] , F [REDACTED] , Frankreich,****- Prozeßbevollmächtigter:****Kläger und Beschwerdeführer,****Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],****[REDACTED]. [REDACTED] -****gegen****Land Nordrhein-Westfalen ,****vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
Tannenstraße 26, Düsseldorf,****Beklagten und Beschwerdegegner**

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 11. April 1978 durch die Richter Dr. Thum, Fuchs, Portmann, Dr. Lang und Gärtner beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 14. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf von 18. April 1975 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist geführt- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

S. F. U. S. d. S.

Das Berufungsgericht läßt offen, ob Entschädigungsansprüche des Klägers schon 1954 durch seinen Vater oder erst am 8. April 1968 durch seinen Bevollmächtigten angemeldet worden sind. In beiden Fällen sei der Anspruch auf Entschädigung für Schaden am Körper oder Gesundheit erloschen, weil er nicht fristgerecht durch die Angabe der Schadensfolgen erfüllt worden sei (§ 190a Abs. 1 BGB).

Das veranlaßt unter keinem der in § 219 Abs. 2 BGB genannten Gesichtspunkte die Zulassung der Revision.

Für die erste Alternative wäre die Anwendung des § 190a Abs. 1 BGB rechtlich zweifelhaft; bis zum 31. März 1967 fehlte es an jeder Angabe zum Entschädigungsanspruch des Klägers. Dieser Fall liegt aber nicht vor. Der Vater des Klägers hat 1954 bei seinem Entschädigungsentrag nur auf die Frage im Mantelbogen die Zahl

13

- 3 -

seiner Kinder und deren Alter genannt und bei der Schilderung seiner Verfolgung angegeben, seine Frau und zwei Kinder seien nach seiner Verhaftung in die Schweiz geflohen und dort bis 1945 interniert worden. Den Willen, auch für den damals noch minderjährigen Kläger Entschädigung zu verlangen, hat er damit nicht ausgedrückt. Das kann das Revisionsgericht feststellen (BGH RnV 1967, 423; 1969, 344; 1972, 346; 1976, 50).

Für den Kläger ist erst durch den "Neuantrag" vom 3. April 1968, der mit einem Wiedereinsetzungsgesuch verbunden war, Entschädigung beantragt worden. Der Gesundheitsschadensanspruch wurde jedenfalls mit der Klage zum Landgericht Köln vom 17. Juli 1969 bezeichnet. Spätestens durch den sachlich ablehnenden Bescheid vom 8. August 1973 hat die Behörde für diesen Anspruch Wiedereinsetzung in die verlehnte Antragsfrist gewährt (§ 109 Abs. 3 Satz 2 BGG).

Gleichwohl kann der Entschädigungsanspruch nach §§ 190 Nr. 1 bis 4, 190 a Abs. 1 BEG erloschen sein. Das nimmt das Berufungsgericht an. Es ist der Auffassung, § 190 a BGG verlange, daß der Verfolgte nach dem 31. März 1967 neben dem mit dem nachgeholtten Antrag zu verbindenden Wiedereinsetzungsgesuch bei Meldung des Anschlusses zugleich auch die nach § 190 Nr. 1 bis 4 BEG erforderlichen Angaben habe machen müssen (ebenso OLG München, RnV 1974, 154).

Ob das zutrifft, hat der Senat bisher offengelassen (BGH RnV 1973, 180, 181). Er hat bisher nur entschieden, daß der verspätet gestellte, mit einem Wiedereinsetzungsgesuch verbundene Entschädigungsantrag jedenfalls innerhalb der Frist des Art. VIII Abs. 1 Satz 1 BEÜ-Schluss erläutert werden mußte (BGH RnV 1977, 222; Urteile vom 22. September 1977 - IX ZR 137/74, IX ZR 56/76 und IX ZR 57/76). Ob darüber hinaus die Substantiierung schon zugleich mit dem verspäteten Antrag und dem Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erforderlich war, braucht auch hier nicht entschieden zu werden. Denn bis zum 31. Dezember



1969 hat der Kläger seinen Gesundheitsschadensantrag nicht dem Gesetz entsprechend erläutert. Bis zum Schreiben seines Bevollmächtigten vom 22. Dezember 1969, das am 27. Dezember 1969 bei der Behörde einging, fehlte es an jeder Angabe der gesundheitlichen Schädigung (vgl. dazu BGH RnW 1975, 168 Nr. 2; 237; 1976, 152; 153; 1977, 73). Das Anwaltsschreiben nannte dann zwar gewisse gesundheitliche Beschwerden nervlich-psychischer und psychosomatischer Art, die auf im Kleinkindesalter erlittene Verfolgungsbelastungen zurückgeführt wurden. Beweismittel dafür (§ 190 Nr. 3 BGB) waren aber weder angegeben noch dem sonstigen Vortrag des Klägers zu entnehmen. Deshalb erfüllte der Kläger bis zum 31. Dezember 1969 nicht die gesetzliche Pflicht zur Erläuterung des Antrags (vgl. BGH RnW 1978, 20; Urteil vom 13. Oktober 1977 - IX ZR 121/76). Der Gesundheitsschadensantrag erlosch kraft Gesetzes.

Auf das weitere Verhalten des Beklagten kommt es nicht an. Das Erlöschen des Anspruchs steht nach § 190a Abs. 1 Satz 2 BGB nicht zur Disposition der Entschädigungsbehörde (BGH RnW 1975, 184; 1977, 73; 222).

Dr. Thoma

Portmann